

«Die Schweiz hat nur Bildung als Rohstoff»

Am Bajour-Podium zur finanziellen Zukunft der Uni Basel waren sich alle einig: Es braucht eine nationale Strategie und vor allem auch mehr Geld aus Bern. Die Trägerkantone Basel-Stadt und Baselland brauchen zudem die Unterstützung der Nachbarkantone.



Von [Ina Bullwinkel](#)

Chefredaktorin



24. September 2025



[Podium](#) [Uni Basel](#) [Initiative](#) [Baselland](#) [Politik](#)



Wollen für eine starke Uni kämpfen: Christof Klöpper, Nadine Jermann, Amina Trevisan und Beat Oberlin (v.l.n.r.). (Bild: Ina Bullwinkel)

Wie soll es weitergehen mit der Uni Basel, vor allem finanziell? Diese Frage stellt sich nicht nur, weil eine Gemeindeinitiative aus dem Baselbiet fordert, den Univertrag zu kündigen, sondern auch, weil die Finanzen sowohl im Kanton Baselland als auch im Nachbarkanton Basel-Stadt angespannter werden.

Gleich zu Beginn des Bajour-Podiums, das sich um die Finanzen und die künftige Positionierung der Universität drehte, stellte FDP-Landrätin Nadine Jermann klar, dass es vor allem der finanzielle Druck sei, der zur Gemeindeinitiative geführt habe: «Es ist nicht wegen der Uni, sondern

primär wegen der Finanzen.» Und trotzdem empfindet SP-Grossrätin Amina Trevisan, die ebenfalls auf dem Podium sass, die Initiative als «Angriff auf die Uni».

Wie also das finanzielle Problem lösen, ohne das gleich der Univertrag und damit die bikantonale Trägerschaft infrage gestellt wird? Darauf gab es an diesem Abend im kHaus keine abschliessende Antwort, jedoch das Einverständnis, dass es zunehmend zum Problem wird, wenn Basel-Stadt und Baselland den überwältigenden Teil des finanziellen Ballastes tragen müssen. Die Augen richten sich dabei nicht nur auf die Kantone Aargau und Solothurn, die viele Studierende an die Uni Basel schicken und relativ kleine Beiträge leisten, sondern auch auf alle anderen Kantone und den Bund.

«Die Finanzen auf Bundesebene anzuschauen, ist im Interesse der ganzen Schweiz und aller Universitäten, nicht nur der Uni Basel.»

Nadine Jermann, FDP-Landräatin BL

Uniratspräsident Beat Oberlin konstatiert zum Thema Unifinanzierung: «Dass es schweizweit einen Konstruktionsfehler gibt, ist unbestritten.» Es sei speziell, dass das Restdefizit allein von den Trägerkantonen gestemmt werden müsse. An dieser Stelle gibt es Lob für [GLP-Nationalrätin Katja Christ](#), die in einem [Postulat](#) eine nationale Strategie für die Unifinanzierung und mehr Geld von den Nicht-Trägerkantonen forderte. Nadine Jermann findet, es brauche den Vorstoss, denn «steter Tropfen höhlt den Stein». Die Finanzen auf Bundesebene anzuschauen, sei im Interesse der ganzen Schweiz und aller Universitäten, nicht nur der Uni Basel. «Bildung ist eins unserer wichtigsten Güter, das müssen wir hochhalten.» Doch ihr sei bewusst, dass man beim Bund momentan ein Sparprogramm in der Bildung fahre.

Oberlin kommt da gerade mit einer Idee um die Ecke, wo Geld herkommen könnte: Die Nationalbank könne ihre jährlichen Überschüsse in einen Fonds stecken und «gezielt für die Förderung der Bildung in der Schweiz nutzen». Für ihn ist die Rechnung einfach: «Die Schweiz hat keine Rohstoffe, sie hat nur Bildung als Rohstoff.» Da muss also das Geld hin. Oberlin zeigte sich optimistisch: Für die Finanzen werde sicher eine Lösung gefunden und die Gemeindeinitiative im Mülleimer landen.

Was Oberlin bedrücke, sei die negative Stimmung. Der frühere Bänker erinnerte das Publikum und die anderen Podiumsgäste*innen daran: «Unis sind ein weltweiter Markt. Die besten Leute kommen nur, wenn sie Sicherheit und das Gefühl haben, dass die Uni stabil ist.»

Apropos Markt: Die Interessen der Wirtschaft hat Christof Klöpper auf dem Podium vertreten. Der CEO von Area Basel Business & Innovation hilft Unternehmen, sich in der Region Basel anzusiedeln.

«Die besten Leute kommen nur, wenn sie Sicherheit und das Gefühl haben, dass die Uni stabil ist.»

Beat Oberlin, Universitätsratspräsident Basel

Ist Klöpper besorgt, dass sich Firmen wegen möglicher Unsicherheiten bei der Unifinanzierung abwenden könnten, möchte Moderatorin Valerie Wendenburg wissen. Klöpper winkt ab: «Die Firmen schauen auf das Gesamtkonstrukt und nehmen die aktuelle Diskussion nicht unbedingt wahr.» Die Uni gehöre für die Firmen also quasi zum Paket dazu, das Basel zu bieten hat.

Auf der Suche nach weiteren Geldquellen, fragt Valerie Wendenburg in die Runde, für wen eine Erhöhung der Studiengebühren eine Option ist. Die SP-Vertreterin Amina Trevisan lehnt wenig überraschend eine Erhöhung kategorisch ab. Sie möchte weder eine Ungleichbehandlung zwischen inländischen und ausländischen Studierenden noch eine Schwächung der Chancengerechtigkeit. Während Nadine Jermann findet, dass man eine Erhöhung zumindest anschauen müsste (aber dann für alle gleich) als Teil einer möglichen neuen Gesamtstrategie, mahnt Uniratspräsident Beat Oberlin, es bestehe ein Wettbewerb unter den Unis. «Man kann nicht einfach schrauben, wie man will.» Wenn es höhere Studiengebühren geben soll, dann müsste man dies für die gesamte Schweiz anschauen, ansonsten befürchte er Verschiebungen bei den Studierenden.



Erinnert an die Arbeitsbedingungen des Mittelbaus: Amina Trevisan. (2. v. r.) (Bild: Ina Bullwinkel)

Einig sind sich die Teilnehmer*innen des Podiums in folgenden Punkten: Die Uni muss auch in Zukunft exzellent und herausragend sein. Und sie soll weiterhin eine Volluniversität sein, an den Geisteswissenschaften solle etwa nicht gespart werden. Zudem sehen alle den Bund in der Pflicht, die Trägerkantone zu unterstützen.

Am Schluss fragt Moderatorin Wendenburg nach der Vision für die Uni im Jahr 2040. Christof Klöpper wünscht sich, dass der Uni auch in Zukunft grosse Würfe gelingen, um neue Themen anzugehen – so wie es mit dem Biozentrum der Fall sei. Auch Nadine Jermann wünscht sich für die Zukunft ein Leuchtturm-Projekt, zum Beispiel im Quantencomputing. Ausserdem wünscht sie sich, dass Basel-Stadt und Baselland weiterhin «stolze Trägerkantone» sein werden, die Finanzierung aber als schweizweite Aufgabe betrachtet wird.

Nicht alle vier Jahre über das Geld für die Uni diskutieren zu müssen, das wünscht sich Amina Trevisan. Genauso wie, dass der Uni-Mittelbau und dessen Arbeitsbedingungen für die Zukunft mitgedacht werden. Beat Oberlin, der sein Amt des Uniratspräsidenten Ende des Jahres abgibt, wünscht sich, dass die Startup-Kultur weiter gefördert wird, unter anderem beim Innovation Park in Allschwil sei man bereits dabei, diese Cluster weiterzuentwickeln. Sein wichtigster Punkt jedoch, und da pflichten ihm alle bei: Es braucht mehr Geld aus Bern.